

KANZLERPOKER

Bluffen, Taktieren, Inszenieren

Mit der Blitzernennung ihres Kanzlerkandidaten zeigte die SPD Cleverness in der Not. Ob damit auch die nötige Geschlossenheit in der Partei einkehrt, wird für Olaf Scholz zur täglichen Geduldsprobe. Grüne und Union sind nun herausgefordert, denn dass sie den Kanzler stellen, ist wahrscheinlicher



VON **WERNER WEIDENFELD**

Würden die Corona-Existenzkrisen die Lage nicht so drastisch dominieren, stünde heute ein anderes Thema ganz im Vordergrund: die Kanzlerfrage. Seit etlichen Monaten, etwa seit Angela Merkel ihren Parteivorsitz abgab und ankündigte, nach der nächsten Bundestagswahl nicht mehr für das Kanzleramt zur Verfügung zu stehen, ist die „K“-Frage in die mediale Landschaft gerückt.

Auch die klassischen Stammtischgespräche kennen diesen roten Faden. Zunächst werden lange Namenslisten aufgeführt, wer für dieses Amt nicht geeignet ist. Dann werden Teambildungen aus Parteivorsitz und Kanzlerkandidatur betrieben. Es werden Koalitionsarchitekturen als Machtgrundlagen zur Beantwortung der Kanzlerfrage reflektiert. Schließlich kann man manch eine Verlegenheit dadurch überwinden, dass die Terminfrage der Kanzlernominierung neu aufgerufen oder der Termin einfach verschoben wird.

Der Unterhaltungsgrad des Themas bleibt über die ganze Zeit ungebrochen. Man erinnere sich noch an die Kampfkandidatur um den CDU-Vorsitz, den Annegret Kramp-Karrenbauer gewann. Indirekt wurde unterstellt, dass damit eine gewisse Vorentscheidung zum Kanzleramt getroffen sei. Als aber Kramp-Karrenbauer mit dem Amt der Parteivorsitzenden sichtlich überfordert schien und das Amt schon bald wieder niederlegen wollte, brach mit der Suche nach einer Nachfolge im Parteivorsitz die Frage nach der CDU-Kanz-

lerkandidatur mit neuer Intensität wieder auf.

Nachvollziehbar, dass in diesem Kontext medial die Aufmerksamkeit auf die anderen Parteien gelenkt wurde. Welchen Kanzlerkandidaten würden denn die SPD, die Grünen und eventuell auch die Linke für die Bundestagswahl 2021 aufbieten?

Wir wissen: Pokerface und Bluff gehören zu den elementaren Politikereigenschaften. Das Pokerspiel lebt auch davon, mit Pokerface die anderen Spieler zu beobachten. Politpoker ist ein mit viel List und hohem Risiko geführter Kampf um die Macht.

Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zeigt uns, dass dieser Kanzlerpoker ganz offenbar die Schlüsselfrage der Machtarchitektur klären soll. Daher steht dieser Machtpoker seit der ersten Besetzung des Kanzleramts im Jahr 1949 immer wieder im Zentrum des politischen, ja des persönlichen Kampfes.

Poker mit Tradition

Wir erinnern uns: Die Union errang 1949 nur eine hauchdünne Mehrheit. Die Partei existierte nur in Landesverbänden – als Bundespartei wurde sie erst später, 1950, gegründet. Also lud der älteste Landesvorsitzende Konrad Adenauer gewissermaßen als Alterspräsident die anderen Landesvorsitzenden zu sich in sein Haus nach Rhöndorf ein, um dort die Frage der ersten Kanzlerschaft in der Bundesrepublik zu klären.

Als er sie dort begrüßte, teilte er der Runde zunächst einmal mit, er habe vormittags seinen Hausarzt Dr. Martini besucht und ihm die Frage gestellt, ob eine Person in seinem hohen Alter ►►

WEITERE THEMEN

TOMAS SPAHN

Olaf Scholz – Scheinriese und ewiger Zweiter **S. 30**

AIR TÜRKIS

Kolumne **S. 33**

ROLAND TICHY

Corona und die Folgen **S. 34**

JOSEF KRAUS

„Cancel Culture“ – der moderne Pranger **S. 36**

GEORG GAFFRON

Kreislauf der Eliten **S. 39**

FERDINAND KNAUSS

Serie „Große Reden“: Henri Guisan **S. 40**

KLAUS-RÜDIGER MAI

Die Wiederkehr des Totalitarismus **S. 42**

Helmut Schmidt (I.) und Helmut Kohl. Beide verließen das Kanzleramt nicht freiwillig



FOTO: DPA PICTURE ALLIANCE

» von 73 Jahren denn das Amt des Bundeskanzlers übernehmen könne. Der Arzt habe ihm geantwortet: „Ja – aber nur für ein Jahr.“ Diese Auskunft löste bei vielen Teilnehmern der Runde das taktische Kalkül aus: Heute ist es nicht sicher, für die eigene Kandidatur eine Mehrheit zu erhalten, aber in einem Jahr sei dies sehr wahrscheinlich.

Daher gab man Konrad Adenauer die Stimme – man hatte dabei seine Auskunft „für ein Jahr“ im Ohr. Adenauer blieb dann 14 Jahre im Amt! Dieser Vorgang veranlasste Golo Mann, in seiner Biografie Adenauer den Titel „Großvater der Füchse“ zu verleihen.

Die Nachfolge Adenauers im Amt des Bundeskanzlers vollzog sich ähnlich dramatisch und eigenwillig. Im Jahr 1957 gewann mit der CDU zum ersten und bis heute einzigen Mal eine Partei die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag. Mit relativ kurzem Abstand zu dieser höchst erfolgreichen Wahl kündigte Adenauer an, er werde 1959 als dann 83-Jähriger sein Amt niederlegen und sich – in der Nachfolge von Theodor Heuss – um das Amt des Bundespräsidenten bewerben.

Mit dieser Rochade wollte er den erfolgreichen und populären Wirtschaftsminister Ludwig Erhard als Nachfolger verhindern. Als ihm dies nicht gelang, zog er seine Kandidatur fürs Amt des Bundespräsidenten wieder zurück. Diese Taktiererei und dann das Negativereignis des Baus der Berliner Mauer ließen ihn die Bundestagswahl 1961 nur noch sehr knapp gewinnen. Die FDP hatte sich vor der Wahl zur Fortsetzung der Koalition mit der Union bereit erklärt – aber nur ohne Adenauer. Als sich Adenauer weigerte, sein Amt aufzugeben, einigte man sich auf den Kompromiss, ihn zwar wiederzuwählen, aber nur für die Hälfte der Legislaturperiode – also bis 1963. Dies brachte der FDP das Image der „Umfallerpartei“ ein.

Kampf ums Mehrheitswahlrecht

Nach 1963 litt das Image des populären Ludwig Erhard nicht nur unter der weiteren Kritik des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer, sondern auch unter der negativen konjunkturellen Entwicklung. Daraufhin initiierten starke Kräfte in CDU und SPD eine neue Machtkonstellation – die Große Koalition,

die 1966 bis 1969 den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, genannt „König Silberzunge“, ins Amt brachte.

In dieser Großen Koalition trafen sich die verschiedenen Interessen der verschiedenen Parteien: Die Alliierten Siegermächte drängten auf eine Notstandsverfassung als Ergänzung des Grundgesetzes, die CDU wollte ein Mehrheitswahlrecht einführen, die SPD wollte Regierungsfähigkeit nachweisen und dann mittelfristig auch den Bundeskanzler stellen. Herbert Wehner erwies sich bei alledem als Schlüsselstrategie. Die Notstandsverfassung wurde verabschiedet, nicht aber das neue Wahlrecht, das die FDP in den Abgrund gedrängt hätte. Also bewährte sich Herbert Wehner als FDP-Existenzretter.

„Asymmetrische Demobilisierung“: Angela Merkel nahm den oppositionellen Kräften die Themen und Ziele aus der Hand

Im Jahr 1969 stand zunächst die Wahl des neuen Bundespräsidenten an. Herbert Wehner zimmerte folgerichtig für die Bundesversammlung eine Koalition aus SPD und FDP. So gelangte der SPD-Kandidat Gustav Heinemann ins Amt des Bundespräsidenten. Damit war aber auch die Bahn präpariert, auf der erstmals die SPD einen Vertreter in das Amt des Bundeskanzlers entsenden konnte: Willy Brandt.

Willy Brandt rief die Republik zu einem neuen Aufbruch auf. Dazu sollten die Leitlinien „Mehr Demokratie wagen“ und „Entspannung zwischen Ost und West“ dienen. So war die Popularität der sozialliberalen Koalition gesichert – ebenso wie die Wiederwahl.

Dann aber begannen neue Probleme: Brandts Erkrankung wurde spürbar, die Guillaume-Affäre gab ihm den Rest. Herbert Wehner gelangte zu dem Urteil: „Der Herr badet gern lau“ und sorgte so dafür, dass nun ein ganz anderer Politikertypus im Kanzleramt Einzug hielt: Helmut Schmidt, der kompetente Weltökonom.

Nun begann die Union, für sich eine neue Kanzlerperspektive aufzubauen. Der CSU-Vorsitzende scharfte mit den Hufen – aber die CDU wollte es unbedingt mit dem jungen, reformorientierten Ministerpräsidenten aus Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, versuchen. Kohl musste Strauß zunächst allerdings schriftlich bestätigen, dass Strauß ein geeigneter Kanzlerkandidat sei, durfte aber dann 1976 selbst antreten. Kohl fuhr zwar mit 48,6 Prozent ein sehr gutes Wahlergebnis ein, aber zur Kanzlermehrheit reichte es nicht.

Strauß durchkreuzt Genschers Pläne

Kohl ging als Oppositionsführer nach Bonn, wurde aber von heftigen Kritikern aus CDU und CSU sichtlich geschwächt. Das führte dazu, dass Kohl, obwohl Partei- und Fraktionsvorsitzender, sich nicht traute, zur Kanzlerkandidatur anzutreten. Er nominierte den Ministerpräsidenten Niedersachsens Ernst Albrecht. Als am 2. Juli 1979 in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion der Kanzlerkandidat für 1980 nominiert wurde, gewann dort allerdings Franz Josef Strauß.

Machtstrategisch hatte das schwerwiegende Folgen: Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher konnte sein seit einigen Jahren überlegtes politisches Kalkül nicht umsetzen – nämlich das Verlassen der Sozial-Liberalen Koalition und die Schaffung einer neuen Koalition mit Helmut Kohl. Dies war bei einer Spitzenkandidatur eines Franz Josef Strauß angesichts der tiefen Spannung zwischen CSU und FDP innenpolitisch nicht vertretbar. Erst später – nämlich 1982 mit einem konstruktiven Misstrauensvotum – konnte dies geschehen. So wurde Helmut Kohl Kanzler und blieb es lange: bis 1998.

Nach 16 Jahren Amtszeit war die Stimmung im Lande schließlich auf einen Kanzlerwechsel hin orientiert. Der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine aber wollte auf Nummer sicher gehen. Gerhard Schröder erschien ihm als der bessere Kommunikator. Deshalb ließ er ihm den Vortritt. Beide vereinbarten eine Arbeitsteilung: Schröder sollte die Politik verkaufen, Lafontaine die innere Machtarchitektur gestalten und betreuen. So waren beide zunächst erfolgreich. Als aber nach einiger Zeit Schröder sich

nicht mehr an diese Arbeitsteilung hielt, legte Lafontaine alle Ämter nieder und trat dann auch aus der SPD aus.

Bei der Bundestagswahl 2002 kam es zu einem spezifischen Exempel, das heute aktuell auch wieder in Erinnerung gerückt werden sollte. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel war noch nicht wirklich überragend profiliert. Daher wurde der Ruf laut, nun müsse der hochprofilierter Ministerpräsident des Freistaats Bayern die Bundesrepublik Deutschland führen und Kanzler werden. So vereinbarten die CDU-Vorsitzende und der CSU-Vorsitzende bei einem gemeinsamen Frühstück in Wolfratshausen, dass Edmund Stoiber Kanzlerkandidat werde.

Die Wahlkampfesymbolik inklusive eines spektakulären Oder-Hochwassers, mit dem Schröder höchst geschickt und medienwirksam in Gummistiefeln und Stoiber echt ungeschickt umging, führte dann allerdings schnell zum Popularitätsverlust Stoibers – und Schröder blieb im Amt. Die Macht der Bilder war erneut bewiesen.

Schröder hält Merkel den Steigbügel

Mit dem nächsten Schritt bereitete Oskar Lafontaine das Ende der Kanzlerschaft Schröders vor. Er schloss sich der Linken an, gab ihr im Westen eine besondere Stärke und trug so entscheidend zum Mehrheitsverlust Schröders 2005 bei. Und auch der nun anstehende Wechsel in der Kanzlerschaft verlief nicht reibungslos, nicht als Routinevorgang. Die Kanzlerkandidatin der Union hatte mit 35,2 Prozent das schlechteste Wahlergebnis der Union seit 1949 eingefahren und dachte am Wahlabend an Rücktritt. Aber Gerhard Schröder half ihr – ungewollt – bei der Rettung. Er attackierte Angela Merkel in der sogenannten Elefantenrunde im Fernsehen so massiv, dass er damit eine Solidarisierung in der Union mit der Spitzenkandidatin auslöste – und Merkel wurde Bundeskanzlerin.

In den folgenden Jahren wurde die spezifische Führungsbegabung Angela Merkels deutlich – insbesondere die sogenannte „asymmetrische Demobilisierung“: Sie nahm den oppositionellen Kräften die Themen und Ziele aus der Hand. Diese und andere Begabungen verhalfen ihr zu einer ungewöhnlich

langen Amtszeit. Sie ist zudem die bisher einzige Person im Amt des Bundeskanzlers, die das Ende selbst in die Hand nimmt. Das hat sonst niemand geschafft: nicht Konrad Adenauer, nicht Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Helmut Kohl. Alle mussten das Amt gegen ihren Willen verlassen.

Der neue Poker begann mit Fehlgriff

Der nunmehr neunte Kanzlerpoker in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist einerseits ein Routinepoker, andererseits ein Poker unter spezifischen Bedingungen. Dieser Poker begann mit einem Fehlgriff. Angela Merkel hatte Annegret Kramp-Karrenbauer, die damalige Ministerpräsidentin des Saarlands, auf die Bundesebene gehoben, indem sie sie zur CDU-Generalsekretärin machte. Dann wurde Kramp-Karrenbauer CDU-Vorsitzende, und viele Anhänger dachten, dass damit die Frage der Kanzlerkandidatur für die nächste Bundestagswahl beantwortet sei. Dies war aber nicht der Fall.

Man könnte eine profilierte Persönlichkeit benennen, die bisher nicht im Spiel verschliffen wurde

Nun wurden die Werkzeugkoffer der Machthandwerker in praktisch allen Parteien geöffnet – Personalchecks, Timing- und Koalitionsfragen. In der Union wurde die Liste potenzieller Kandidaten länger: Laschet, Merz, Röttgen, Spahn, Söder. Die Spuren des Verschleißes durch neu gegebene besondere Aufmerksamkeit wurden immer deutlicher. Laschet litt stark, aber auch Merz und Röttgen. Spahn bildete ein Kandidatenteam mit Laschet – aber dann blieb Markus Söder auf dem Spitzenplatz der Umfragen. Gleichwohl trifft auch ihn das traditionelle Problem eines CSU-Vorsitzenden außerhalb Bayerns. Hier gilt die politische Weisheit: Machtkampf kann zur Zerreißprobe werden.

Die SPD nutzte die parlamentarische Sommerpause und preschte nun vor: Da die beiden Parteivorsitzenden, Saskia Esken und Norbert Walter-Bor-

jans, das dafür notwendige Profil (noch) nicht erreicht haben, entschied man sich für Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz. Zum Pokerbluff gehörte offensichtlich auch, jenen zum Kanzlerkandidaten zu machen, den man kurz vorher für den Parteivorsitz noch als ungeeignet eingestuft hatte.

Die Blitzernennung des Kanzlerkandidaten bewies Cleverness in der Not. Geschlossenheit einzuüben wird nun allerdings zur täglichen Geduldssprobe. Aber vielleicht lädt Scholz zu einem Erfahrungsaustausch demontierte frühere SPD-Spitzenkräfte ein: Peer Steinbrück, Martin Schulz, Andrea Nahles, Rudolf Scharping, Kurt Beck haben ja reichhaltige Eindrücke von der sozialdemokratischen Solidarität gesammelt.

Überraschung nicht auszuschließen

Schließlich sollte man auf die Grünen blicken, die angesichts ihrer demoskopischen Höhenflüge ebenfalls einen Kanzlerkandidaten aufstellen könnten (oder sollten). Die Partei wird sich wohl für einen der beiden Parteivorsitzenden entscheiden und sollte sich nicht festlegen; denn eine schwarz-grüne Koalition ist programmatisch heute ebenso möglich wie Grün-Links-Links. Die Kandidatin oder der Kandidat sollte nach dem Wahlausgang in beide Schuhe schlüpfen können.

Von den Umfragen könnte es rechnerisch derzeit am ehesten für Schwarz-Grün oder die Fortsetzung der Großen Koalition reichen. Diese schwierige Gemengelage beim Kanzlerpoker führt nun dazu, dass man in der Union versucht, die Entscheidung über die Kandidatenfrage – und die Koalitionsfrage – möglichst nach hinten zu verschieben. Das Frühjahr 2021 bietet sich dafür an. Aber ob man bis dahin wirklich höchst überzeugende Kandidaten anzubieten hat? Es bleiben große Fragezeichen.

In der Stunde der Not kann es im Politikpoker immer wieder zu einer Überraschung kommen. Zum Beispiel könnte man eine profilierte Persönlichkeit benennen, die bisher nicht im Spiel verschliffen wurde. Oder aber man könnte versuchen, die populäre Bundeskanzlerin um eine weitere Amtszeit zu bitten. Jeder Pokerspieler weiß, dass am Tisch eine überraschende Wendung niemals auszuschließen ist. ■